

Nachrichten

der Deutschnationalen Volkspartei Halle-Saalkreis

Verantwortlich: W. Poche, Geschäftsführer, Halle (Saale), Alte Promenade 10. — Verlag: Volksverein Halle-Saalkreis o. D. A. V. P.

1927

Monat Februar

Nr. 5

Aufrecht!

Von G.

Sie sollen uns nicht die Seele verfälschen
Mit fremdem Geist, mit dem Geiste der Welschen,
Mit hohlen Worten, mit Flitter und Schein;
Wir wollen die Bisse Lüge nennen,
Die Wahrheit suchen, die Wahrheit bekennen,
Wir wollen aufrecht und wahrhaft sein.

Und was wir an heiligen Gütern besitzen,
Das werden wir halten und hüten und schützen
Mit blander Wehr, in geschlossenen Reihen
Und werden, was uns Frebler gestohlen,
Dahesim und draußen, uns wiederholen —
Wir wollen aufrecht und wehrhaft sein.

Wir mögen den Sieg nicht mit Lücke erreichen,
Nicht kriechen und wühlen und lauern und schleichen,
Wir wollen dem Gegner ins Auge sehn,
Und mühen wir's mit dem Leben entgelten,
Es soll uns keiner Feiglinge schelten —
Wir wollen aufrecht und furchtlos stehn.

Es mag wohl spät unsre Stunde schlagen —
Uns soll das Harren die Kraft nicht zernagen;
Wir beten den Treuschwur täglich neu,
Wir wahren die Krone, wir wahren die Fahne,
Es erbt sie den Enteln sterbend der Ahne —
Wir wollen aufrecht bleiben und treu!

Klar das Ziel und fest das Wollen.

Von W. P.

Das Ziel, das sich unser Parteiführer Graf Westarp auf dem Deutschnationalen Parteitag am 9. September 1926 in Köln gesteckt hat:

Wir wollen uns mit dem der zahlenmäßigen Stärke und der innern Kraft und Bedeutung unserer Partei entsprechenden Einfluß den unmittelbaren Anteil an den Regierungsgeschäften im Reich und in den Ländern erlangen. Wir wissen, daß die dazu nötige Regierungsgemeinschaft uns nicht alle unsere Ziele erreichen lassen wird und entgegenkommen von allen Seiten erfordert; wir wissen ebenso, daß Regierungsgemeinschaft nicht Gesinnungsgemeinschaft ist und nehmen für uns in Anspruch, was wir gleicherweise den andern einräumen: Selbständigkeit und Unabhängigkeit in den letzten Grundsätzen und Zielen —

ist erreicht. Konsequent und unbeirrt hat die Deutschnationale Volkspartei gearbeitet, um dieses Ziel zu erreichen. Ich erinnere nur an die Abstimmung über die Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützung, wo die deutschnationale Führung in geschickter Weise den Sozialdemokraten die Lügenmaske vom Gesicht riß und so nebenbei der Regierung die Macht unserer Partei deutlich demonstrierte. Es war ganz ausgeschlossen, daß wir Deutschnationalen uns von dem

vorletzten Kabinett weiter an der Nase herumführen lassen konnten, indem einmal mit links gegen rechts und das anderemal mit rechts gegen links regiert wurde. Ohne die Deutschnationalen wäre und ist heute nicht mehr zu regieren, und deshalb mußte die Neuorientierung, mußte der Sturz des letzten Kabinetts kommen. Weiterhin hatten wir nach der landesverräterischen Rede des undeutschen Scheidemann gegen die deutsche Reichswehr die Pflicht, die Absichten der Sozialdemokraten, die Reichswehr zu zertrümmern, zuschanden zu machen, und das konnte nur geschehen durch unmittelbare Beteiligung an der Regierung. Richtlinien wurden festgelegt, die aber nicht so maßgebend sind, als der Geist, der den Regierenden innewohnt. Es ist selbstverständlich auch in der neuen Regierung unmöglich, die deutschnationalen Zukunftsziele sofort zu erreichen, es müssen deshalb Gegenwarts-Ziele gesteckt werden, nach deren Lösung nach und nach den Endzielen zugestrebt werden soll. Und alle Deutschnationalen im Vaterlande sind heute der gleichen Ansicht, und sie alle haben das große Vertrauen zu den deutschnationalen Ministern in der Reichsregierung, daß sie letzten Endes bei all ihren Handlungen und Taten unsere Ziele verfolgen zum Wohle des gesamten Volkes und Vaterlandes. Unsere Parteifreunde Hergt (Justizminister und Vizkanzler), Dr. v. Reudell (Innenminister), Schiele (Ernährungsminister), Dr. Koch (Verkehrsminister) werden zu ihrer Arbeit begleitet von den besten Wünschen der 6 Millionen

Jahreshauptversammlung

des Volksvereins Halle-Saalkreis der Deutschnationalen Volkspartei

am Mittwoch, dem 23. Februar 1927, abends 8 Uhr

im großen Saal des „Neumarktschützenhaus“, Harz.

- Tagesordnung:
1. Jahresbericht — Schulrat Busse.
 2. Kassenbericht — Schatzmeister Graeb.
 3. Bericht der Kassenprüfer — Dr. Mampel und Ziegler.
 4. Entlastung des Vorstandes.
 5. Vorstandswahl.

Vortrag: Voraussichtlich Reichstagsabgeordneter Geh. Ober-Reg.-Rat Dr. von Dryander

„Die politische und wirtschaftliche Lage“.

Zutritt haben nur eingeschriebene Mitglieder.

Ohne Mitgliedskarte kein Einlaß.

deutschnationaler Wählerstimmen. Der Gegner, besonders aber die Sozialdemokraten und ihr besonderer Freund, Herr Birth, wird alle Mittelchen anwenden, um Uneinigkeit sowohl in die deutschnationalen Reihen als auch zwischen den Regierungsparteien zu säen. Trotzdem, geschlossen und einig stehen wir Mitglieder der Partei zu unseren Vertretern. Nicht eine Handbreit ist Graf Westarp von seinen Worten in Köln abgewichen. Er hat das 1. Gegenwartsziel erreicht, ihm gebührt daher unser Dank.

Unsere Parteifreunde in Stadt und Land aber fordern wir auf, mit der Deutschnationalen Volkspartei zu arbeiten und für sie zu werben. Das ist die beste Unterstützung unserer Männer an des Reiches Spitze.

Was man uns Deutschnationalen vorwirft!

Die Schuld an zu geringer Aufwertung.

Da sei zunächst die Frage aufgeworfen: Wem ist es denn zu verdanken, wenn überhaupt aufgewertet wird? Wer hat denn die kleine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Gläubiger eriangt?

In erster Linie und in vorderster Reihe die Deutschnationale Volkspartei! Sie hat in langen Kämpfen die widerstrebende Regierung zunächst gezwungen, ihre positive Mitarbeit an einer Neuordnung der Aufwertungsfrage zuzugestehen. Die Deutschnationale Volkspartei war es, die im Gegensatz zu der Stellungnahme der meisten anderen Parteien des späteren Kompromisses die Aufhebung der Dritten Steuernotverordnung zum 1. Juli 1925 durchsetzte und damit die Regierung zu einer beschleunigten Vorlegung des Entwurfes zwang. Die Deutschnationale Volkspartei schließlich war es, die in den alsdann ensiegenden Kompromißverhandlungen und bei der Ausgestaltung des Gesetzes im einzelnen im Rahmen des irgend Möglichen zugunsten der Gläubiger durchsetzte, was irgend durchzusetzen war.

Die Deutschnationale Volkspartei hat also ihre früheren Zusagen, die dahin gehen, soweit aufzuwerten als irgendwie wirtschaftlich möglich ist, erfüllt, ohne sich darüber Illusionen hinzugeben, daß sie nicht das erreicht hat, was sie erstrebte. Niemals ist von maßgebenden Kreisen der Partei etwa eine 100proz. Aufwertung zugesagt worden. Das Kompromiß, das sich schließlich als die

Grenze des Erreichbaren

erwies, läßt zahlreiche Wünsche, vielfach auch berechtigte, unerfüllt; Einzelheiten mögen Ungerechtigkeiten enthalten, aber die Gesetze können ihrer Bedeutung nach nicht vom Einzelfalle aus richtig beurteilt werden; sie bedeuten vielmehr einen ungeheuren Schritt vorwärts gegenüber der durch die Inflation geschädigten Gläubiger. Wer das bestreitet, der besitzt nicht den klaren Blick und das aufrichtige Urteil über die Wirklichkeit.

Eine Aufwertung auf Grund der Individuallösung, wie sie der Entwurf Dr. Wests vorschlug, ist von allen Parteien schließlich abgelehnt worden, nachdem die Folgen einer solchen Lösung hargenommen waren. Abgesehen davon, daß Millionen von Einzelfällen durch Gerichtsentscheid hätten geregelt werden müssen, sollte dieser Entscheid erst vom Jahre 1932 an erfolgen; bis dahin sollte in jedem einzelnen Falle in jedem einzelnen Jahre eine sich also jährlich wiederholende Festsetzung der zu zahlenden Zinsen und zwar unter Berücksichtigung der jeweils allgemeinen und für jeden Einzelfall gegebenen wirtschaftlichen Verhältnisse erfolgen. Auf der Hand liegt, daß dann bis zum Jahre 1932 kein Gläubiger weiß, was er zu fordern, kein Schuldner, was er zu zahlen hätte; bis zu diesem Termin müßte aber kein Gläubiger und kein Schuldner auch genau, was er an Zinsen zu empfangen bzw. zu zahlen hat. Also konnten weder auf der Gläubiger- noch auf der Schuldnerseite irgendwelche Dispositionen auf viele Jahre hinaus getroffen werden; kein Grundstück wäre veräußert, niemand würde Kredit geben, weil ja niemand die Höhe der Belastung des Kreditbedürftigen feststellen könnte. Und kein Gläubiger hätte seine Forderung veräußern können, um schnell in den Besitz baren Geldes zu gelangen. Der

Zusammenbruch zahlloser Existenzen

in Landwirtschaft und Hausbesitz, in Gewerbe und Industrie wäre die notwendige Folge gewesen. Sieben Jahre hindurch hätte sich jährlich ein erbitterter Kampf zwischen Gläubiger und Schuldner abgepielt, bis sich dann nach 1932 ein noch erbitterter Endkampf um die Höhe der Aufwertung ergeben hätte, der in Millionen von Einzelfällen von dem Richter hätte entschieden werden müssen.

Die Individuallösung bedeutet also die Fortsetzung eines wirtschaftlich rücksichtslosen Kampfes auf viele Jahre hinaus und es bedarf nicht der Erwähnung, daß das deutsche Wirtschaftsleben einen derartigen Kampf niemals ertragen hätte, insoweit der dadurch heraufbeschworenen Unsicherheit es auch niemals auf

die geringste ausländische Kredithilfe zählen könnte. Die deutschen Richter, gemohnt, nach dem feiten Maßstabe des Rechts zu urteilen, wären in Millionen von Fällen vor die Notwendigkeit gestellt worden, nach freiem Ermessen zu entscheiden, und es ist zweifellos, daß dadurch das Ansehen der Justiz einen unheilvollen Schlag erhalten hätte.

Und schließlich ist zu beachten, daß das Kompromiß das Ergebnis von Beschlüssen nicht einer, sondern mehrerer Parteien ist, so daß schon aus diesem Grunde von manchem Abstand genommen werden mußte, was man selbst wünschte, was aber gegenüber den Ansichten der anderen, nicht zuletzt gegenüber dem „Unannehmbar“ der Regierung nicht durchgesetzt werden konnte. Aber das größere Ziel, endlich Sicherheit zu gewinnen, klares Recht zu schaffen, erzwang Maggiebigkeit um dieses größeren Zweckes willen.

Außerdem ist in allen den Fällen, wo die Individuallösung ohne Gefährdung des Zieles der ganzen Gesetzgebung möglich war, diese doch noch durchgeführt worden, wie beispielsweise bei der Frage der Restkaufgelder, den Gütsauseinanderstellungen und sonst vielfach auf dem Gebiete der persönlichen Forderungen.

Hätten die Deutschnationalen die starre Opposition Dr. Wests gegen die Regierungsvorlage mitgemacht, statt diese in zahlreichen Punkten sehr erheblich zu verbessern, so wäre damit gar nichts erreicht worden; darum ist das, was erreicht ist,

Verdienst der Deutschnationalen.

Dabei ist auch besonderes Gewicht gelegt auf die Verwirklichung sozialer Grundätze, wie z. B. bei der außerordentlich starken Bevorzugung des Altanleihebesitzes, bei der Vorzugsrente und den bis zu 15 v. H. des Nominalwertes gehenden Bagatellauszahlungen an dürftige Anleihebesitzer.

Haben also auf Drängen und in stetiger Mitarbeit der Deutschnationalen Volkspartei das Hypothekenaufwertungs-gesetz und das Anleiheablösungsgesetz den Kleinrentnern, Sparern und Hypothekengläubigern Forderungen in Höhe von über 20 Milliarden Mark zugesprochen, so bedeutet das eine gemaltige Belastung, da das ganze deutsche Volkvermögen nach dem Kriege überhaupt nur noch etwa 140 bis 150 Milliarden Mark beträgt; durch die Gesetze erfolgt also die Umlagerung von etwa ein Siebentel dieses ganzen Volkvermögens.

Schon daraus ist ersichtlich, wie völlig absurd die Anträge der Opposition an ihrer Spitze des Herrn Dr. West auf eine weitergehende, bis auf 100 v. H. und darüber geforderte Aufwertung sein muß. Eine 100proz. Aufwertung würde eine Summe darstellen, die nicht viel hinter dem gesamten deutschen Volkvermögen zurückbleiben und die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland geradezu auf den Kopf stellen würde. Die Oppositionsparteien haben ihre Anträge im Ausschuß und im Plenum auch nur bezweigen gestellt, weil sie ganz genau wußten, daß die Annahme gar nicht in Frage kam.

Besonders grotesk ist

das Verhalten der Sozialdemokratie,

die jetzt plötzlich ihr Herz für die geschädigten Gläubiger entdeckte, obwohl sie sich doch immer als Gegnerin des Kapitals bekennt, immer das Sparkapital als besonders volksfeindlich bekämpft hat. Als sie in der Regierung saß, hat sie für die Gläubiger nicht nur nichts getan, sondern hat durch ihren Führer Dr. Hilferding auch jede Aufwertung und jede Möglichkeit der Aufwertung abgelehnt und entsprechend ihrem Programm eine endgültige Entredung der Gläubiger, Einziehung der dadurch gewonnenen Beträge durch den Staat und Einreihung der hungernden Gläubiger in die Reihe der von sozialistischem Beamten abhängigen Staatspensionäre verlangt. Der Widerspruch zwischen ihrem jetzigen und ihrem früheren Verhalten ist so grotesk, daß man sich auch die Frage sparen kann, was denn den Gläubigern geschehen wäre, wie das Gesetz ausgehen hätte, wenn es wirklich von den Sozialdemokraten gemacht worden wäre.

Auch die Demokraten haben es nicht unterlassen können, agitatorische Demonstrationsanträge zu stellen, weil sie genau wußten, daß diese doch der Ablehnung verfielen. Größter allerdings war einer ihrer Führer, der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der als Sachverständiger im Aufwertungsausschuß ganz offen erklärte, er glaube nicht daran, daß die deutsche Wirtschaft die jetzt beschlossene Aufwertung werde tragen können; er hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß es für ihn nur eine Lösung gäbe: Grundfällige Ablehnung jeder Aufwertung und Schutz der geschädigten Gläubiger vor dem Verhungern durch eine staatliche Rente auf Lebenszeit.

Die Deutschnationale Volkspartei dagegen geht aus dem Kampf um die Aufwertung mit der festen Überzeugung hervor, erfüllt zu haben, was sie versprochen hat und was möglich war, und daß sie Unendliches zugunsten der geschädigten Gläubiger erreicht hat, obwohl sie an der Entwicklung, die zu dieser Schädigung geführt hat, unschuldig ist, vielmehr jene Parteien dafür verantwortlich zu machen sind, die die Träger der deutschen Innen- und Außenpolitik in den letzten Jahren waren,

also Sozialdemokraten und Demokraten. Nicht konnte sich die Deutschnationale Volkspartei einseitig einsetzen für die Interessen einer bestimmten Gruppe ihrer Wähler und darüber die Lebensinteressen des großen Ganzen vernachlässigen, sondern auch in dieser Frage wie immer hat sie als oberste Richtlinie befolgt:

Arbeit für das Wohl des gesamten deutschen Vaterlandes!

Was hätte der Kaiser 1918 tun sollen?

Darauf weiß fast jeder einen anderen Rat. Graf Moltke stellte in einer kleinen Schrift einige der hauptsächlichsten Meinungen zusammen.

1. Der Kaiser hätte, sagen viele, an die Front gehen und dort den Feldentod suchen müssen. Aber am 7. November wurde ja (wegen der beginnenden Waffenstillstandsverhandlungen) nirgends mehr gekämpft! Es wäre einfach zwecklos gewesen, wenn der Kaiser versucht hätte, an die „Front“ zu gelangen, die überhaupt nicht mehr bestand. — 2. Der Kaiser hätte an der Spitze seiner Truppen gegen die Heimat marschieren müssen — sagen wieder andere. Aber die Oberste Heeresleitung selber hatte das für unausführbar erklärt. Auch Hindenburg berichtet, wie erwähnt, von den Aussagen der Kommandeure, daß die Armee nicht Front gegen die Heimat nehmen würde. Die Sammlung und Zusammenstellung treugebliebener Truppen hätte soviel Zeit gekostet, daß der Feind diese Zeit sofort zum Nachstoßen und die Revolutionäre sie zur Vernichtung der Depots und Magazine benutzt haben würden, so daß Millionen von Soldaten hätten verhungern können. — 3. Der Kaiser hätte als Privatmann in die Heimat zurückkehren sollen — meinen wieder andere. Wie denn? Unter dem Schutze eines Arbeiter- und Soldatenrates? Die den Bürgerkrieg so fürchteten: meinen die, der Bürgerkrieg wäre ausgeblieben, wenn sich dann in der Heimat die Getreuen gewehrt hätten? Oder sollte der deutsche Kaiser sich einem halb irrsinnig gemordenen Volke übergeben, das ja durch die Unterzeichnung des „Friedensvertrages“ von Versailles später tatsächlich die Auslieferung des Kaisers zugestanden hat? Hier ging es weniger um die Sicherheit der Person, als vielmehr um die Würde des Amtes, des Kaisertums. — 4. Er hätte sich das Leben nehmen sollen — auch das sagen nicht wenige. Ganz abgesehen davon, daß das der christlichen Lebensauffassung des Kaisers widersprochen hätte — wie viele würden ihm nachgesucht haben: jetzt habe der Schulbeladene feige durch Selbstmord geendet!

Man versteht, daß Hindenburg „noch heute“ den Uebertritt des Kaisers nach Holland für das Richtige hält. Meint einer vielleicht, ein Hindenburg würde dem Kaiser eine Tat der Feigheit angeraten haben? Hindenburg selbst schreibt:

„Ich weise die Behauptung . . . , daß Seine Majestät geflohen sei, mit Enttäuschung zurück. Der Kaiser ist lediglich von uns gegangen, weil sein Volk ihn verlassen hatte. Wo sollte er sich da hinwenden? Die Rückkehr in die Heimat hätte den Bürgerkrieg zur Folge gehabt. Ein Verbleiben an der Front hätte gerade in dem Augenblick, in welchem die Waffenstillstandsverhandlungen eingeleitet werden sollten, die Wiederannahme der Feindseligkeiten bedingt. In beiden Fällen hätte der Kaiser allerdings sein Leben lassen können, gleichzeitig

wäre jedoch das Leben vieler anderer erneut geopfert worden. Das aber wollte Seine Majestät vermeiden. Nicht Feigheit, sondern Liebe zum Vaterlande und ernstes Pflichtgefühl veranlaßten den unglücklichen Monarchen daher nach unendlich schwerem innerem Kampf dazu, in die trostlose Verbannung zu gehen.“

Beamte — Monarchie — Unsere Stellung.

Unser Reichstagsabgeordneter Dr. von Dehander hat als Antwort auf die Angriffe des demokratischen Ministers Dr. Kütz am 12. März 1926 im Reichstag folgendes ausgeführt:

„Das alte Beamtentum war aufgebaut auf einer vielhundertjährigen Geschichte, auf dem besonderen Treueverhältnis zu der Person des Monarchen. Im Hinblick auf Ihre „berzeitige“ Meinung, Herr Minister, werden Sie das selbst bestätigen können. Beim Zusammenbruch einer in 600jähriger Geschichte bewährten Monarchie hat dieses alte Beamtentum — und es ist stolz darauf — den Staat gerettet. In Ihrer zweiten Rede im Ausschuß, die die Hoffnung zuließ, daß die erste aus der Stimmung des Augenblicks und des Temperaments über Ihre eigenen Pflichten hinausgegangen war, haben Sie das ja selbst anerkannt. Wenn Sie dazu lachen (nach links), so kann ich Ihnen sagen, daß ich unmittlbarer Augen- und Ohrenzeuge gewesen bin, wie die hilflosen sozialdemokratischen Minister vom November 1918 diesem alten rechtsstehenden Beamtentum

immer wieder für seine Hilfe gedankt

haben, während in der Wilhelmstraße die Massen brüllten und die Fenster Scheiben unserer Ministerien davon zitterten. Ich spreche jetzt nicht von „Freibriefen“, sondern von dem selbstlosen Dienste, den das alte monarchische Beamtentum damals Ihren Parteifreunden, die in der Nacht vom 9. zum 10. November auf die Sessel der Minister in der Wilhelmstraße gehoben waren, geleistet hat. Aber wenn das Beamtentum das tat, so gaben diese Beamten damit doch nicht die Ueberzeugung auf, daß die

Monarchie in Deutschland die geeignetere Staatsform sei, eine Ueberzeugung, die vielleicht von der Hälfte des deutschen Volkes geteilt wird, und von der man in dem Sinne, wie Sie es getan haben, Herr Minister, heute möglichst wenig sprechen sollte.

Agitationsmaterial.

Hilfe in der Not wird bestraft. Weil die Halleischen Stahlhelmführer ihren arbeitslosen Kameraden zu Arbeitsstellen verholfen haben, wurden sie auf Denunziation von gegnerischer Seite hin auf die Anklagebank gebracht wegen Verstoß gegen die Gesetze über die Arbeitsnachweise. Herrliche Zustände herrschen im preussischen Staat. Statt froh zu sein, daß Arbeitslose untergebracht werden, setzt man den Staatsapparat in Bewegung und will die hilfreichen, ihre Pflicht erfüllenden Stahlhelmführer verurteilen. Es erfolgte zwar Freispruch, aber die Behörden haben in der Bevölkerung an Ansehen eingebüßt.

Der Wind weht mal wieder von rechts. Die „Halleischen Nachrichten“ vom 26. Januar brachten zur Regierungsbildung folgende interessanten Zeilen im Leitartikel: „Der neue Kurs.“: „Vor vielen, vielen Wochen — die Weihnachtstriebe war uns noch nicht beschert — haben wir hier einmal geschrieben: von Mitgliedern

Deutsche, nationale Jugend heraus!

Am Sonntag, dem 27. Februar 1927, von nachmittags 6 Uhr an feiert im oberen Saale des „Stadtschützenhauses“, die deutschnationale Jugendgruppe ihr

5. Stiftungsfest.

Darbietungen: Streichmusik des Seifert-Orchesters.
Festrede des Landtagsabgeordneten W. Schmidt.
Chorgesang des Gemischten Chors der Deutschnationalen Volkspartei.
Theater und turnerische Vorführungen.

Es werden hierdurch alle Parteifreunde zur Feier herzlichst eingeladen durch die
Deutschnationale Jugendgruppe.

der deutschnationalen Reichstagsfraktion könnte man hören, sie würden zu Beginn des neuen Jahres wieder in der Regierung sitzen. Das ist nicht sonderlich beachtet worden, wie man Dinge, die einem wider den Strich gehen, in unseren Zeitläuften überhaupt nicht gern beachtet. Sofern man sie nicht einfach totschweigt. Aber diese hoffnungslosen deutschnationalen Abgeordneten müssen doch wohl eine gute Witterung gehabt oder mehr gewußt haben als wir anderen. Das Geschick hat sie (und uns mit ihnen) in den letzten Wochen wunderliche und verhängungsvolle Wege geführt. Aber es hat offensichtlich sie zum Erfolg geführt: die Deutschnationalen, wenn schon das letzte Wort noch nicht gesprochen, die einander widerstrebenden Kräfte noch nicht endgültig ausbalanciert wurden, schieden sich an, zur Nacht zurückzukehren. Es gibt Leute, die darin den Anfang vom Ende zu sehen geneigt sind, eine vernichtende Katastrophe: Erdbeben, Pest und Wassernot. Zu so leidenschaftlicher Betrachtung vermögen wir uns nicht aufzuschwingen. Es liegt in der Natur des parlamentarischen Systems, daß die Regierungskombinationen wechseln."

Die Hausbesitzer und Mittelständler werden von der Wirtschaftspartei betrogen. Es besteht bekanntlich die Verordnung, daß die Vermietung der gewerblichen Räume in Preußen mit dem 1. April 1927 aus der Zwangswirtschaft herauskommt. Auf dem Boden dieser Verordnung steht auch fest die deutschnationale Volkspartei. Kurz vor den Thüringer Wahlen verbreitete der Führer der Wirtschaftspartei, Herr Radendorff, die bewußte Unwahrheit in Mitteldeutschland, die Deutschnationale Volkspartei habe Zurückziehung der Verordnung gefordert. Das war eine Lüge, ausgestreut zu dem Zweck, Stimmen für die Wirtschaftspartei zu fangen. In Wahrheit hat die Deutschnationale Volkspartei und auch die Wirtschaftspartei selbst den Antrag gestellt, unter voller Aufrechterhaltung der Verordnung vom November Härten zu mildern. Die Mittelständler mögen aus dem agitatorischen Manöver der Wirtschaftspartei ersehen, wie diese arbeitet. Im übrigen werden wir mit einem offenen Briefe unseres Abg. Home an Herrn Radendorff in den nächsten Tagen die Wirtschaftspartei noch mehr entlarven. Mittelständler, kehrt dieser Agitationspartei, der Wirtschaftspartei, den Rücken."

Weltanschauungsparteien oder berufsständisch-wirtschaftliche Parteien? So fragt die „Allgemeine Zeitung“ vom 3. Febr. 1927 und deutet damit an, daß Deutschland eventuell vor einer Wendung seines Parteiwesens steht. Wir können auf diese Frage nur antworten: Entweder gibt es in den Parlamenten nur die Weltanschauungsparteien oder es gibt Mord und Totschlag und Kampf der Berufe untereinander bis aufs Messer. Es ist gar nicht auszuwenden, was die Kämpfe an Schärfe zunehmen würden, wenn es statt politischer Parteien eine Angestelltenpartei, Arbeiterpartei, Beamtenpartei, Landwirtpartei, Rechtsanwaltpartei, Hausbesitzerpartei, Mietpartei, Geschäftsleutepartei, Arbeitslosenpartei usw. geben würde. Deshalb gerade ist die Wirtschaftspartei und die Aufpoertungspartei der Anfang dieses schärfsten Kampfes, der Anfang vom Ende Deutschlands, der Beginn des Kampfes aller gegen alle.

Anwälte und Arbeitsgerichtsgesetz. Wie war die Annahme des Arbeitsgerichtsgesetzes, welches die Ausschaltung der Anwaltschaft vorsieht, überhaupt möglich? 75 Abgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei stimmten gegen das Gesetz, nur 6 Abgeordnete bei einer Stimmenthaltung dafür. Leider waren die anderen bürgerlichen Parteien nicht so auf dem Damm, z. B. stimmten 11 Abgeordnete der Deutschen Volkspartei dafür und 16 dagegen. Wenn nur die anderen bürgerlichen Parteien annähernd so gestimmt hätten wie wir, wäre das Gesetz gefallen. Dies den Herren Anwälten zur Kenntnis.

Der erste Wunschzettel für die deutschnationalen Minister.

Vom Parteifreund und Farmer R. Uhlmann, Halle.

Als alter Kolonialfarmer aus Deutsch-Südwestafrika bitte ich die Herren Minister ihre ganze Kraft für die Zurückverlangung unserer geraubten Kolonien einzusetzen. Das deutsche Volk braucht mehr denn je Rohstoffe und Siedlungskolonien sowie Absatzgebiete für deutsche Waren, um Handel und Wandel zu heben und vielen Arbeitslosen Verdienst zu verschaffen.

Unsere erfolgreiche Kolonialarbeit durch Wort und Schrift hat den Kolonialgebanen bereits tief in das deutsche Volk aller Klassen hineingetragen, so daß der größte Teil der Deutschen hinter der Forderung der deutschen Regierung steht, die zu vertreten eine der vornehmsten Aufgaben auch der neuen deutschnationalen Minister sein muß.

Veranstaltungsberichte.

Saalkreis.

Mittelstandsversammlungen fanden statt am 14. Januar in Dörlau und am 19. Januar in Könnern. Trotz der Agitation der Wirtschaftspartei waren diese Versammlungen sehr

gut besucht. Landtagsabgeordneter Dorn und Geschäftsführer Boche wiesen nach, daß die beste Vertretung der Mittelständler, Handwerker und Hausbesitzer in der Deutschnationalen Volkspartei gegeben ist. In Dörlau wurde die Wirtschaftspartei rundweg abgelehnt, in Könnern wird mancher das wahre Gesicht dieser Berufspartei erkannt haben. Im abgelegenen Dorfe Dörsfel bei Wetzin war zu unserer Versammlung die Hälfte aller Einwohner erschienen, die mit großem Interesse den Bericht des Herrn Boche, wie auch den Lichtbilder Vortrag über die Reichswehr aufnahm. „Wiedertommen!“, war die allseitige Bitte. Ein neuer Vertrauensmann ist gefunden. In Weesenaublingen am 20. Januar und in Niemberg am 29. Januar sprach trotz seiner Arbeitsüberlastung in Berlin unser Abgeordneter Semeter über die politische und wirtschaftliche Lage. Während der Besuch in Weesenaublingen zu wünschen übrig ließ, war der Saal in Niemberg sehr stark besetzt. Der Erfolg war groß. Hohenthurm hatte sogar seine Mitglieder auf einem Lastauto geschickt. Niemberg wünscht jetzt einen staatspolitischen Lehrgang, der auch eingerichtet wird. Am 21. Januar nachmittags fanden in Osmünde, am 21. Januar abends in Ammendorf, am 25. Januar nachmittags in Wetzin und abends in Böbejün Versammlungen statt. Osmünde war sehr stark besucht, die anderen drei Orte mittelmäßig. Als Redner waren tätig unser unermüdbare Rektor Herrmann, der Landesgeschäftsführer Herr v. Renz und unser Geschäftsführer Boche. Alle Orte freuten sich über die Vorträge und das rege Interesse der Volksgemeinschaft auch an den kleinsten Dörfern. Volle Säle hatten wir auch am 1. Februar in Dörlitz, am 8. Februar in Pieskau und am 5. Februar in Schönerz. In allen drei Versammlungen sprachen Rektor Herrmann und Geschäftsführer Boche. In Dörlitz wurde ein S. R. D.-Mann darüber aufgeklärt, daß die Sozialdemokraten die heutige Not verschulden. In Pieskau waren die Kommunisten in Stärke von 25 Mann erschienen. Die „blutige Hedwig“, Abgeordnete des Reichstags, sprach in der Diskussion. Sie wurde von unseren beiden Rednern unter dem jubelnden Beifall der Menge so abgeführt, daß sie blamiert den Saal verließ.

Unsere rege Tätigkeit im Saalkreis geht in den Wintermonaten wird reiche Früchte tragen. Nur Arbeit und rege Propaganda außerhalb der Wahlzeit ist die beste Wahlvorbereitung.

Stadt Halle.

Unsere Jugend hat nun wieder zum Leben eine Turnhalle bekommen und zwar die der Schillerstraße. Es wurde bereits fleißig geturnt zur Vorbereitung des Stiftungsfestes.

Sonnige Wandertage in seinem Leben schilderte in interessanter Weise in einer gutbesuchten Gruppenversammlung der Gruppe Süd-Ost am 10. Januar Schriftsteller Kurt Diete. Er lernte uns auch neue Lieder singen. Politisch sprach Herr Boche. Kurt Diete regizitierte. Unser gemischter Chor sang trefflich. Fr. Krause brachte Einzelgespräche. Es war ein schöner Abend.

Stadtverordnetenarbeit im Halle'schen Stadtparlament haben unsere deutschnationalen Vertreter in der letzten Zeit reichlich geleistet. Den Beweis erbrachte die kommunalpolitische Tagung unseres Volksvereins am 11. Januar im „St. Nikolaus“. Der Besuch war gut. Stadtv.-Vorsteher Schulrat Busse, Fraktionsführer Prof. Steinbrück, Rechtsanwalt Hirsch, Angestelltenvertreter Wonne und Frau Kämpel gaben ein anschauliches Bild ihrer schweren Tätigkeit. Herr Boche berichtete über seine Beobachtungen von der Tribüne herab. Eine rege Aussprache gab neue Anregungen.

Jahreswende — Schicksalswende? Ueber dieses Thema sprach am 12. Januar in öffentlicher Versammlung der Reichstagsabgeordnete Schulze im „Engelhardt-Wierhaus“. Sch. ist ein glänzender Redner, der alle Aufmerksamkeit durch sein lautes Urteil auf sich lenkte. Bis zum Schluß folgte die zahlreiche Zuhörerschaft seinen Ausführungen. Schulze will Anfang März zu uns noch einmal sprechen über die Jugend. Da wird's wohl noch voller werden.

Die politische Lage war Gegenstand eines Vortrages, den der Geschäftsführer Boche am 14. Januar im „Hoffäger“ bei der Gruppe Süd-West hielt. Zu diesem Vortrag waren besonders viel Frauen erschienen. Herr Boche sprach besonders über die Not der Landwirtschaft, den Verrat der S. R. D.-Leute und forderte zum Zusammenschluß aller nationalen Organisationen auf.

Ein großer Erfolg war unsere Reichsgründungsfeier am Vormittag des 16. Januar im großen „Thaliaaal“, der voll besetzt war. Als Festredner erntete General Graf v. d. Goltz minutenlangen Beifall. Anklang fand auch das Milvus-Lau-Quartett und Herr Anders als Rezitator, während die Kapelle etwas abfiel. Der 18. Januar 1871 soll uns immer mahnen an die Größe unseres Vaterlandes. Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein.

Reichsschulgeseh. Eine gutbesuchte Versammlung der deutschnationalen Lehrer und Eltern am 19. Januar im „St. Nikolaus“

Vortragskalender.

Saalkreis.

Sobenturm. Dienstag, den 8. Februar, abends 8 Uhr, Versammlung im Gasthof Gehe. „Die politische Lage“, Geschäftsführer Poche. „Die deutsche Reichswehr“, Herr Lüdecke.

Rothenburg. Donnerstag, den 10. Februar, abends 8 Uhr, Versammlung im Gasthaus „Zum Schützen“. Redner: Landtagsabgeordneter Schaefer, Goldberg in Schlefien: „Die neue Regierung und die Deutschnationale Volkspartei“.

Großfugel. Freitag, den 11. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof Goldbesiß Versammlung. Redner: Landesgeschäftsführer Frhr. v. Lenß: „Die politische Lage“. Herr Lüdecke: „Die Reichswehr“.

Suhneblau. Freitag, den 11. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof Stroß große Versammlung für alle Oslau-Dörfer. Redner: Landtagsabgeordneter Schaefer: „Die neue Regierung und die Deutschnationale Volkspartei“.

Schießis. Dienstag, den 15. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof „Preussische Krone“ Versammlung. Redner: Abg. Herrmann und Geschäftsführer Poche.

Scherben. Sonnabend, den 19. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof Steinkopf Versammlung. Redner: Abg. Herrmann und Geschäftsführer Poche.

Untermaschwik. Dienstag, 1. März, abends 8 Uhr, im Gasthof Vortrag über „Die politische Lage“. (Lichtbilderortrag).

Auf die Jahreshauptversammlung des Volksvereins werden die Mitglieder des Saalkreises besonders hingewiesen, weil dort an Stelle des Herrn von Werder, der leider nach dem Kreise Delitzsch geht, ein zweiter Vorsitzender aus dem Saalkreis gewählt werden muß. Die Jahreshauptversammlung findet statt am Mittwoch, dem 23. Februar, abends 8 Uhr, zu Halle im „Neumarktschützenhaus“.

Stadt Halle.

Angestelltengruppe. Montag, den 14. Februar, abends 8 Uhr, Generalversammlung im „Haus der Landwirte“, Franckestraße 8. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Kassenbericht. 3. Vorstandswahl. 4. Anträge. 5. Verschiedenes. Alle deutschnationalen Angestellten sind eingeladen.

Gruppe Süd-Ost. Dienstag, den 15. Februar, abends 8 Uhr, im „Schultheiß-Restaurant“, Merseburger Straße 10. Unterhaltungsabend. Redner: Herr Becker, Feiß: „Regierungsbildung und Deutschnationale Volkspartei“. Gesang: Fr. Gauenstein; am Klavier: Fr. Ballhorn.

Konzert von Fr. Jests. Fr. Jests, die schon so oft in unseren Veranstaltungen uneigennützig gesungen hat, gibt am Mittwoch, dem 16. Februar, abends 8 Uhr, in der „Loge zu den fünf Kärmen“, Albrechtstraße, ein Konzert. Treue um Treue. Wir bitten alle Parteifreunde, das Konzert zahlreich zu besuchen. Karten in unserer Geschäftsstelle, Alte Promenade 10.

Gruppe Mitte-West. Donnerstag, den 17. Februar, abends 8 Uhr, Lichtbilderortrag: „Das deutsche Danzig“. Lokal: „St. Nikolaus“. Alle Ortsbünde sind eingeladen.

Jahreshauptversammlung Mittwoch, den 23. Februar, abends 8 Uhr, im „Neumarktschützenhaus“ (nicht „St. Nikolaus“, weil dieser zu klein). Tagesordnung: 1. Jahresbericht (Herr Schulrat Busse). 2. Kassenbericht (Herr Graeb). 3. Bericht der Kassenprüfer (Direktor Mampel und Riegler). 4. Vorstandswahl. 5. Vortrag des Reichstagsabg. Geh. Ober-Neg.-Rat von Orhaner, Berlin, über „Die politische Lage“. Alle Mitglieder müssen erscheinen. Mitgliedskarten mitbringen.

Jugendgruppe. Sonntag, den 27. Februar, nachm. 6 Uhr, 5. Stiftungsfest im oberen Saale des „Stadtschützenhauses“. Festrede: „Deutschnationale Jugend“, Landtagsabg. Wilh. Schmidt, Berlin. Musik: Seifert-Orchester (Streichmusik). Deutschnationaler gemischter Chor (Gesang) und Fr. Krause (Eingelgesang). Turnen der jugendlichen Mitglieder. Theater. Vorverkauf: Geschäftsstelle, Alte Promenade 10.

Öffentliche Versammlung. Freitag, den 11. März, abends 8 Uhr, im „Engelhardt-Bierhaus“. Redner: Reichstagsabg. Schulze: „Was soll aus unserer Jugend werden?“ Eintritt frei.

Jugendgruppe. Abteilung Erwachsene: jeden Sonntag abend von 8 bis 10 Uhr, Turnhalle Schillerschule. Abteilung Kinder: jeden Sonntag nachmittag von 3 bis 5 Uhr in der Turnhalle der Friesenschule.

Hausangestelltengruppe. Jeden Mittwoch abend 8 Uhr im Saal des Landesverbandes, Leipziger Straße 17, II.

Parteifreunde! Deutschnationale Männer sitzen in der Reichsregierung. Je mehr Ihr arbeitet und je mehr Ihr unsere Veranstaltungen zu Kundgebungen macht, desto stärker ist der Rückhalt unserer Minister und desto stärker ist der Einfluß, den unsere Leute in der Koalition ausüben können. Deshalb, kommt zu allen Veranstaltungen! Deshalb werbt neue Parteifreunde! Deshalb zahlt auch pünktlich Eure Beiträge, damit die Organisation arbeiten kann.

in welcher der Abg. Herrmann referierte, faßte folgende Entschliebung: „Da der Gesinnungsunterricht ebenso wie der Religionsunterricht die christliche Gesinnung und den christlichen Geist zu pflegen hat, ist es eine Unmöglichkeit, Dissidenten, wie es in Dortmund-Land geschehen ist, als Schulräte über christliche Schulen zu stellen. Das verletzt die Gewissensfreiheit der christlichen Eltern aufs tiefste und macht den Schulzwang zum Gewissenszwang. Deshalb fordert die deutschnationale Lehrerschaft, daß Art. 174 der Reichsverfassung bis zum Erscheinen eines Reichsschulgesetzes in voller Kraft bleibe, d. h. es darf weder die christliche Schule durch Einrichtung von weltlichen Schulen (Sammelschulen) zerrissen noch dürfen Dissidenten als Schulräte über christliche Schulen gestellt werden.“

Schluß mit der sozialistischen und demokratischen Miskwirtschaft forderie in seinem Vortrage über die politische Lage am 20. Januar im „St. Nikolaus“ in der Gruppe Mitte-West der Landtagsgeschäftsführer von Lenß und hoffte auf eine nationale Regierung. Die zahlreichen Zuhörer stimmten ihm zu. Frau Generalarzt Cunow sang einige Lieder und gestaltete so die Versammlung zu einem netten Abend.

Ueber Wohnungspolitik im Reichs- und Landtag sprachen am 21. Januar im gutbesetzten unteren Saal des „Stadtschützenhauses“ unsere Abgeordneten Howe, Kiel, und Heden, Halle. Nebenfalls haben die zahlreichen Hausbesitzer aus den Ausführungen entnehmen können, daß die Deutschnationale Volkspartei nicht, wie die Wirtschaftspartei, Agitationsanträge stellt, sondern positive Arbeit leistet.

Was er in Haus Doorn sah und erlebte. Darüber berichtete unser Parteifreund Pflugradt am 21. Januar im „Kaiserhof“ in einer Versammlung der Gruppen Nord-Ost und Nord-West in fesselnder Weise vor einer starken Zuhörerschaft. Alle Behauptungen der Gegner von einem luxuriösen Leben in Doorn sind erfunden. Einfach und ernst lebt der Kaiser.

Alte und neue Parteien beleuchtete kritisch in einer Handwerker- und Mittelstandsversammlung am 27. Januar Schriftsteller Ohm. Berufsparteien bedeuten für Deutschland großes Unglück. Die deutschnationalen Handwerker besprachen auch eingehend die Gefahren der Wirtschaftspartei, die ins Handwerk Hinterschlitterung hinein trägt. Der Vorsitzende der deutschnationalen Handwerker, Wädernmeister Müller, ist jetzt Mitglied des engeren Vorstandes des deutschnationalen Landesverbandes.

Studentengruppe. Eine starkbesuchte Versammlung der deutschnationalen Studentenschaft fand am 31. Januar im „St. Nikolaus“ statt. An Stelle des verhinderten Abg. Leopold sprach Schriftsteller Ohm, Halle, der sich mit allen die Studenten interessierenden Fragen beschäftigte. Gerade das Vorgehen des preussischen Kultusministers Weder muß den Studenten zeigen, daß sie nur unter Ausnützung der parlamentarischen Macht gegen die studenteneindlichen Bestrebungen etwas ausrichten können und fester Zusammenhalt innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei dazu nötig ist.

Ueber deutschnationale Beamtenpolitik im Reichs- und Landtag berichtete am 2. Februar im sehr gutbesetzten Saal des „Stadtschützenhauses“ der Landtagsabgeordnete Eisenbahnsekretär Gersbach. Aus seinem glänzenden Vortrage konnten alle Beamten übereinstimmend entnehmen, daß die überliefernten Rechte der Beamten nur von der Deutschnationalen Volkspartei vertreten werden. Das wurde von allen Beamten anerkannt.

Bestaltungsleben schilderte Fr. Kfanne in einer Sitzung des Frauenausschusses am 3. Februar. Die zahlreich versammelten Frauen nahmen den Vortrag mit Beifall auf.

Ueber Haus Doorn sprach in der Gruppe Süd-West am 4. Februar Fr. Pflugradt unter dem Beifall der Gruppenmitglieder.

Deutschlands innere Not behandelte in einem ausgebreiteten, aber für alle Anwesenden gut verständlichen Vortrage unser rühmiger Landtagsabgeordneter Rektor Herrmann bei der Gruppe Mitte-Ost am 4. Februar im „St. Nikolaus“.

Reichswehr und Vaterland. Das war das Thema der Gruppenversammlung von Nord-Ost und Nord-West am 4. Februar im „Kaiserhof“. Geschäftsführer Poche zeigte an Hand von Lichtbildern die Entstehung, Entwicklung und Ausbildung der Reichswehr und ging scharf gegen den Versuch der S. P. D. vor, welche die Reichswehr zertrümmern wollen. Herr Dr. Seeligmüller und Herr Stadtrat Orhaner warteten mit eigenen Erzählungen auf, so daß der Abend einen interessanten Verlauf nahm.

Nicht einem Berufe gilt unsere deutschnationale Vertretung in den Parlamenten, sondern allen Berufen, allen Ständen, dem Volke und dem Vaterlande. Nicht Schimpfen kann etwas nützen, sondern Mitarbeit in der

Deutschnationalen Volkspartei.

Die einzige
Deutschnationale Zeitung

im Bezirk Halle-Saalkreis

war, ist und bleibt nur die

Hallesche  **Zeitung**
Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen.

Sämtliche Mitarbeiter, Mitglieder und deutschnationalen Wähler entnehmen aus ihr die politische Einstellung der Parteileitung zu allen politischen und wirtschaftlichen Fragen. Alle im politischen Leben stehenden, aber auch alle politisch Interessierten haben in der „Halleschen Zeitung“ die Quelle, um die deutschnationale Politik im Reichstag und Landtag genau verfolgen zu können. Deshalb ist es Pflicht jedes Parteimitgliedes auf die „Hallesche Zeitung“ zu abonnieren und für sie zu werben.

Bestellungen beim

Verlag der „Halleschen Zeitung“

Leipziger Straße 61/62.

Otto Knoll Nachf.

Gegr. 1878.

Inh.: Richard und Arthur Schulz
Halle (Saale), Leipziger Straße 36.

Gegr. 1878.

Bestempfohlenes Spezialgeschäft für fertige

Herren-, Burschen- und Knaben-Kleidung.

Abteilung Maßschneiderei:

Großes Lager feinster Stoffe.

Gute Qualitäten. — Günstige Preise. — Kulante Zahlungsbedingungen.
Erstklassige Fachleute übernehmen Garantie für guten Sitz.

Rotationsdruck von Otto Schick, Buch- und Kunstbruderei, Halle (Saale).

Nachrichten

der Deutschnationalen Volkspartei Halle-Saalkreis

Verantwortlich: W. Pösch, Geschäftsführer, Halle (Saale), Alte Promenade 10. — Verlag: Volksverein Halle-Saalkreis d. D. u. V. P.

1927

Monat Februar

Nr. 5

Aufrecht!

Von S.

Sie sollen uns nicht die Seele verfälschen
Mit fremdem Geist, mit dem Geiste der Welschen,
Mit hohlen Worten, mit Fittler und Schein;
Wir wollen die Lüge nennen,
Die Wahrheit suchen, die Wahrheit bekennen,
Wir wollen aufrecht und wahrhaft sein.

Und was wir an heiligen Gütern besitzen,
Das werden wir halten und hüten und schützen
Mit blanker Wehr, in geschlossenen Reih'n
Und werden, was uns Frevler gestohlen,
Dahem und draußen, uns wiederholen —
Wir wollen aufrecht und wehrhaft sein.

Wir mögen den Sieg nicht mit Lüge erreichen,
Nicht kriechen und wühlen und lauern und schleichen,
Wir wollen dem Gegner ins Auge sehn.
Und mühten wir's mit dem Leben entgelten,
Es soll uns keiner Feiglinge schelten —
Wir wollen aufrecht und furchtlos stehn.

Es mag wohl spät unsre Stunde schlagen —
Uns soll das Harren die Kraft nicht zernagen;
Wir beten den Treuschwur täglich neu.
Wir wahren die Krone, wir wahren die Fahne,
Es erbt sie den Enkeln sterbend der Ahne —
Wir wollen aufrecht bleiben und treu!

Klar das Ziel und fest das Wollen.

Von W. P.

Das Ziel, das sich unser Parteiführer Graf Westarp auf dem Deutschnationalen Parteitag am 9. September 1926 in Köln gesteckt hat:

Wir wollen uns mit dem der zahlenmäßigen Stärke und der innern Kraft und Bedeutung unserer Partei entsprechenden Einfluß den unmittelbaren Anteil an den Regierungsgeschäften im Reich verdienen. Wir wissen, daß die deutsche Gemeinschaft uns nicht alle unser wird und Entgegenkommen von uns erwarten. Wir wissen ebenso, daß die deutsche Regierungsgemeinschaft ist und nicht. Wir wissen, was wir gleicherweise die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Nationen und Völkern —

ist erreicht. Konsequenz und unerschütterliche nationale Volkspartei gearbeitet, um sich nur an die Abstimmung der Erwerbslosen-Unterstützung, die Führung in geschickter Weise den Augenmaske vom Gesicht riß und so die Macht unserer Partei deutlich ganz ausgeschlossen, daß wir Deutsch-

vorletzten Kabinett weiter an der Nase herumführen lassen konnten, indem einmal mit links gegen rechts und das anderemal mit rechts gegen links registriert wurde. Ohne die Deutschnationalen wäre und ist heute nicht mehr zu regieren, und deshalb mußte die Neuorientierung, mußte der Sturz des letzten Kabinetts kommen. Weiterhin hatten wir nach der landesberräterischen Rede des undeutschen Scheidemann gegen die deutsche Reichswehr die Pflicht, die Absichten der Sozialdemokraten, die Reichswehr zu zertrümmern, zu bekämpfen zu machen, und das konnte nur geschehen durch unmittelbare Aktion. Richtlinien wurden abgegeben sind, als der Geist, mit. Es ist selbstverständlich unmöglich, die deutschnationalen zu erreichen, es müssen deshalb den, nach deren Lösung nach strebt werden soll. Und alle da sind heute der gleichen An- und Vertrauen zu den deutschen Reichsregierung, daß sie letzten gen und Taten unsere Ziele nten Volkes und Vaterlandes, usitzminister und Vizekanzler, ster), Schiele (Ernährungs- sminister) werden zu ihrer n Wünschen der 6 Millionen

x-rite colorchecker CLASSIC



mm

Ja
des Volksvereins
am Mittw
im
Tagesord

Vortrag: Voraus

Zutritt haben nur eingeschriebene

n Volkspartei
3 Uhr

gegler.

Dr. Jander

Mitgliedskarte kein Einlaß.